


№ 60. Verordnung,

die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Spinnereien betreffend;

vom 4. Juni 1879.

In der Anlage  werden die vom Bundesrath auf Grund § 139 a der Gewerbeordnung getroffenen Bestimmungen über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Spinnereien zur Nachachtung bekannt gemacht.

Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen sind nach Maßgabe der Vorschriften in Artikel 2, Punkt 1 Nr. 2 und Punkt 6 des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung, vom 17. Juli 1878 (Reichs-Gesetzblatt Seite 199) zu ahnden.

Dresden, am 4. Juni 1879.

Ministerium des Innern.

v. Rostitz-Wallwitz.

Fromm.



Bekanntmachung,

betreffend die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Spinnereien.

Auf Grund des § 139 a der Gewerbeordnung hat der Bundesrath nachstehende Bestimmungen über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Spinnereien erlassen:

I.

Jugendlichen Arbeitern darf in Sechselfälen, sowie in Räumen, in welchen Reißwölfe im Betriebe sind, während der Dauer des Betriebes eine Beschäftigung nicht gewährt und der Aufenthalt nicht gestattet werden.

II.

Für junge Leute zwischen 14 und 16 Jahren, welche ausschließlich zur Hülfeleistung bei dem Betriebe der Spinnmaschinen verwendet werden, tritt die Beschränkung des § 135, Absatz 4 der Gewerbeordnung mit folgenden Maßgaben außer Anwendung:

1. die tägliche Arbeitszeit darf 11 Stunden nicht überschreiten;
2. vor dem Beginn der Beschäftigung ist dem Arbeitgeber für jeden Arbeiter ein ärztliches Zeugniß einzuhändigen, nach welchem die körperliche Entwicklung des Arbeiters eine Beschäftigung bei dem Betriebe der Spinnmaschinen bis zu 11 Stunden täglich ohne Gefahr für die Gesundheit zuläßt;
3. der Arbeitgeber hat mit dem ärztlichen Zeugniß nach § 137, Absatz 3 der Gewerbeordnung zu verfahren.

III.

In den Räumen, in welchen jugendliche Arbeiter beschäftigt werden, muß neben der nach § 138, Absatz 3 der Gewerbeordnung auszuhängenden Tafel eine zweite Tafel ausgehängt werden, welche die Bestimmungen unter I und II in deutlicher Schrift wiedergiebt.

Berlin, den 20. Mai 1879.

Der Reichskanzler.

von Bismarck.

№ 61. Verordnung

wegen Veröffentlichung einer von dem Landtagsausschusse zu Verwaltung der Staatsschulden unter dem heutigen Tage erlassenen Bekanntmachung;

vom 11. Juni 1879.

Nachstehende Bekanntmachung des Landtagsausschusses zu Verwaltung der Staatsschulden vom heutigen Tage, die Kündigung der sämtlichen, zur Umwandlung nicht gelangten Staatsschulden-Kassenscheine der Königlich Sächsischen fünfprocentigen Staatsanleihe vom 2. Januar 1867 betreffend, wird andurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht und haben Alle, die es angeht, sich darnach zu achten.

Dresden, den 11. Juni 1879.

Finanz-Ministerium.

Frhr. v. Könneritz.

Diezel.